



Presseschau vom 20.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Gert Ewen Ungar: Weißrussland und der Westen – eine Lageeinschätzung

Die Vorgänge in Weißrussland erinnern an die Ukraine. Die Solidaritätsbekundungen aus der EU deuten auf eine tiefere Einflussnahme hin. Denn Weißrussland ist strategisch zu bedeutend, um die Entwicklungen dort tatsächlich einer Bürgerbewegung zu überlassen. ...

<https://de.rt.com/29kb>

Scott Ritter: Alte Story neu aufgewärmt: Iran soll Kopfgeld an Taliban für getötete US-Soldaten zahlen

Im Juni behaupteten US-Medien unter Berufung auf Geheimdienstkreise, Russland zahle an die Taliban Kopfgelder für in Afghanistan getötete US-Soldaten. Doch die Story war haltlos. Nun wird sie wieder aufgewärmt. Allerdings ist es diesmal der Iran, der Kopfgelder zahlen soll. ...

<https://de.rt.com/29lu>

abends/nachts:

deutsch.rt.com: **Proteste in Weißrussland – Zwei Seiten einer Medaille (Video)**

Tausende gehen auf die Straßen der weißrussischen Hauptstadt Minsk, um gegen Präsident Alexander Lukaschenko zu protestieren. Derartige Bilder sind bekannt und im Umlauf. Zugleich versammeln sich aber auch etliche Anhänger von Lukaschenko, um für diesen zu demonstrieren.

Eine kurze Gegenüberstellung der Demos für und gegen die Regierung.

<iframe width="818" height="460" src="https://www.youtube.com/embed/wVWgd2_w7D8" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/wVWgd2_w7D8

wpered.su: In Donezk fand eine Kundgebung aus Anlass des 100. Geburtstags Wladimir Degtjarjows statt

Am 19. August fand in Donezk eine Kundgebung zum 100. Geburtstag des sowjetischen Staats- und Parteifunktionärs, des ersten Sekretärs des Donezker Oblastkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine, des Helden der Sozialistischen Arbeit Wladimir Degtjarjow statt. An der Veranstaltung nahmen Kommunisten der Donezker Volksrepublik unter Leitung des Ersten Sekretärs des ZK der KP der DVR Boris Litwinow teil, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/08/Degtyareva-1-1024x576.jpg>

Rede Boris Litwinows auf der Kundgebung aus Anlass des 100. Geburtstags des ersten Sekretärs der Donezker Oblastkomitees der Kommunistischen Partei Wladimir Degtjarjow

Sehr geehrte Genossen!

Der Name Wladimir Iwanowitsch Degtjarjows ist tief in den Sinn und den Inhalt der Bezeichnung unseres Gebiet, des Donbass, eingegangen. Wenn man die bekannten Zeilen Majakowskij perephrasiert, kann man sagen: „Wir sagen Donezker Oblast – wir meinen W. I. Degtjarjow; Wir sagen W. I. Degtjarjow – wir meinen die Donezker Oblast!“.

Über den Helden der Sozialistischen Arbeit, den „Hausherrn der Donezker Oblast“, wie ihn die Menschen oft nannten, wurden nicht wenige Bücher und Artikel geschrieben. Über den Lebensweg W. I. Degtjarjows wird den Studenten erzählt. Im Vorfeld des 100. Geburtstags Wladimir Iwanowitschs fanden Ausstellungen, Konferenz, Lesungen in vielen Bildungseinrichtungen unserer Volksrepublik statt.

Der Zweck solcher Veranstaltungen ist es, den Namen W. I. Degtjarjows im Gedächtnis der jungen Generation zu verankern, ein Vorbild des Dienstes am Heimatbezirk zu zeigen.

Über W. I. Degtjarjow kann man mit Überzeugung sagen, dass er ein Bürger des großen Sowjetlandes war, ein Schüler der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, ein echter Kommunist, der sein Leben den Menschen, dem Donbass und der Sowjetischen Heimat widmete. Wir erinnern und sind stolz darauf, dass wir Nachfolger und Erben seiner Sache sind. Und heute sind Erfahrung und Arbeitsmethoden Degtjarjows für unsere junge Volksrepublik wichtig und notwendig. Seine Methode – für die Menschen zu leben, im Namen des Heimatbezirks und des Erblühens des Landes.

Von ihm begründete Erfolge waren:

- eine klare Zielsetzung für verschiedene Etappe der Entwicklung der Oblast;
- die Überzeugung, dass die Frage der Umgestaltung und Entwicklung der Wirtschaftsbranchen und Bereiche ohne wissenschaftlich-technische Entwicklung und technische Kreativität, ohne die Priorität in der Entwicklung von Wissenschaft und Bildung nicht im ganzen gelöst werden wird;
- eine branchenbezogene und branchenübergreifende ökonomische Planung;
- eine komplexe Planung und Entwicklung der Region. Kohle, Metall, Maschinenbau, Strom, Landwirtschaft und Weiterverarbeitung, Bauindustrie, Leichtindustrie, sozialer und kultureller Aufbau – alles muss sich proportional entwickeln;
- die persönliche Bescheidenheit, Offenheit für die Menschen, Einfachheit in der Kommunikation, höchste persönliche Verantwortung, Kontrolle und Anforderungen an die Leiter bezüglich der Erreichung der gesetzten Ziele und Aufgaben, abgewogene Worte, danach die Tat und dann das vorgesehene Ergebnis – das ist das Kriterium für den Erfolg eines Leiters.

2014 hat die Donezker Volksrepublik die ersten Schritte auf dem Weg zur Volksmacht und zur sozialen Gerechtigkeit getan. Aber Krieg, Zerrüttung und internationale Sanktionen haben es uns nicht erlaubt, fest auf dem Weg Degtjarjows zu gehen. Die DVR erstarb in schweren Grübeleien, die Welt ringsum zerreißt in Stücke, wohin weiter gehen, wie die eigene Staatlichkeit stärken?

Am 18. August haben wir aus der Presse erfahren, dass auf dem Lenin-Platz in Donezk eine Zeitkapsel geöffnet wurde, die unter Beteiligung von W. I. Degtjarjow zum 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins angelegt wurde – eine Botschaft „von den Komsomolzen und der Jugend von Donezk an ihre Altersgenossen des Jahres 2020“. Im Text der Botschaft gibt es diese Worte: „... Von unseren Großvätern und Vätern haben wir das revolutionäre Banner des Donezker Komsomol erhalten ... Unsere Erfolge und Freuden, Wege in die Weite und Heldentaten, Träume und Hoffnungen, die durch den Oktober befreit wurden, und unsere stolze Bezeichnung – Vorantreiber der neuen Welt – nimm es und setz es fort! Wir beneiden euch, aber auch ihr beneidet uns, weil euer schönes Leben eine Fortsetzung unserer Liebe, unserer Glaubens an die Zukunft, unserer Treue zur großen kommunistischen Sache, zur roten Fahne Iljitschs ist. Tragt diese Fahne weiter! Die Welt ist für Freude und Gutes erobert. Es lebe der Kommunismus!“

So raten unsere Vorgänger uns vorzugehen. Sie waren in ihren Taten und ihrer Sache erfolgreich.

Die große Erfahrung unserer Vorgänger, die Erfahrung und Praxis W. I. Degtjarjows überzeugt und wieder und wieder, dass der sozialistische Weg, das sowjetische Regierungssystem sichere Orientierungen auf dem Weg zu einem würdigen Leben und zum Erblühen des Donbass sind.

In Freundschaft mit den slawischen Brudervölkern, mit Russland, mit der ganzen Russischen Welt gehen wir diesen Weg mit Ehre, wie dies seinerzeit Wladimir Iwanowitsch Degtjarjow und seine treuen Kampfgenossen taten.

Wir werden der Sache Wladimir Iwanowitsch Degtjarjows würdig sein!

Donezk

19.08.2020



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/08/Degtyarev-7.jpg>

rusvesna.su: **Appell patriotischer Kräfte an die arbeitenden Menschen in Belarus**

Die Redaktion von "Russkaja Vesna" erhielt einen Aufruf von linken patriotischen öffentlichen Organisationen, die den Koordinierungsrat „Einheit“ bildeten, an die arbeitenden Menschen in Belarus.

Nach dem Ende der Präsidentschaftswahlen hat sich in unserer Heimat Weißrussland eine äußerst explosive Situation entwickelt: Menschenmassen, die von pro-westlichen Anstiftern organisiert werden, gehen auf die Straßen und Plätze belarussischer Städte und stellen die Arbeit in einigen Unternehmen ein. Die Organisatoren der Unruhen manipulieren geschickt die Köpfe der Menge, vernachlässigen die Sicherheit der Menschen und drängen sie zu einem Staatsstreich, Bürgerkrieg und Blutvergießen.

Weißrussisches Blut macht ihnen nichts aus!

Wozu? Nach den neuesten Daten rutscht die Weltwirtschaft erneut in eine weitere Wirtschaftskrise, ein Rückgang ist auch in westlichen Ländern zu beobachten: In den USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien und im benachbarten Polen hat eine Rezession begonnen.

Die oligarchischen Kreise des Westens sehen einen Ausweg aus der Krisensituation, indem sie in anderen Ländern „Farbrevolutionen“ durchführen, um deren Volkswirtschaften zu zerstören und Wettbewerber auszuschalten, Absatzmärkte für den Verkauf ihrer Produkte zu erobern

und die Dominanz über diese Länder zu etablieren.

Für die Völker von Ländern, in denen es dem Westen gelingt, eine „Farbrevolution“ durchzuführen, bedeutet dies einen Rückgang der Produktion, die Zerstörung von Unternehmen, einen Rückgang des Lebensstandards der Werktätigen und der gesamten Bevölkerung sowie Arbeitslosigkeit. Die Folgen der „Farbrevolution“ sind besonders deutlich in der benachbarten Ukraine zu sehen, wo es mehr natürliche Ressourcen als in Weißrussland gibt, aber die Menschen dort jetzt ärmer leben als wir.

Der Putsch in Kiew begann äußerlich sehr harmlos: Viele erinnern sich daran, wie die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland den Maidan-Teilnehmern im Stadtzentrum Kekse austeilte, jetzt erinnern sich Kiewer und viele Ukrainer bitter an diese Gaben.

Laut Nuland selbst gaben die Vereinigten Staaten mehr als 5 Milliarden Dollar für einen Putsch in der Ukraine aus.

Für den Zusammenbruch der Wirtschaft des Landes, in dem der Putsch geplant ist, setzen Anstifter aus dem Ausland auch Streiks gegen Unternehmen ein.

Dies war 1973 in Chile der Fall, wo es den Amerikanern gelang, eine Reihe von Streiks in den Kupferminen zu organisieren, die die Machtergreifung von General Pinochet und die Einführung einer faschistischen Diktatur in Chile beschleunigten.

Dies war in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren in der Sowjetunion der Fall, als Unternehmen und das Land selbst durch Streiks zerstört wurden, die die Völker der ehemaligen Sowjetrepubliken in langfristige Armut stürzten. Viele Republiken haben die Folgen dieser Streiks immer noch nicht beseitigt.

Was unser Weißrussland betrifft, haben sich die Anstifter aus dem Ausland ein sehr wichtiges Ziel gesetzt - die Trennung Weißrusslands von Russland sowie die Verhinderung der Umsetzung des Vertrags über die Schaffung des Unionsstaates zwischen Weißrussland und Russland und nicht etwa die Schaffung einer „demokratischen Ordnung“ in Weißrussland, wie einige unserer naiven Bürger glauben. Und der Prozentsatz der Stimmen, die die belarussischen Bürger für diesen oder jenen Kandidaten abgegeben haben, ist für den Westen hinter den Kulissen nicht von Belang.

An den Grenzen des belarussischen Staates eskaliert die Situation: Die NATO hat ihre Übungen in den Nachbarländern verstärkt, amerikanische Truppen werden von Deutschland nach Polen versetzt, und in polnischen nationalistischen Kreisen wird zunehmend über die Wiederbelebung des Polnisch-litauischen Commonwealth unter Einbeziehung West-Weißrusslands gesprochen.

Wollen wir das wirklich?

Linke patriotische öffentliche Organisationen, die den Koordinierungsrat „Einheit“ gebildet haben, appellieren an die arbeitenden Menschen in Belarus, den Provokationen der ausländischen Organisatoren der Aggression des Weltimperialismus gegen unsere Republik, die mit den von ihnen organisierten „friedlichen“ Protesten beginnt, nicht nachzugeben.

Unsere Verbände sind sicher, dass Weißrussland nur gemeinsam mit Russland seine Wirtschaft erfolgreich entwickeln und die nationale Sicherheit gewährleisten kann, wie es immer in unserer Geschichte war. 1995 stimmten 83,3% der belarussischen Bürger für die Integration mit Russland.

Lassen wir uns nicht von den Puppenspielern des Westens zu Marionetten machen!

Keine Aggression des Weltimperialismus gegen die Republik Belarus! In Belarus gibt es keine „Farbrevolution“!

Keinen Bürgerkrieg in unserem friedlichen Weißrussland!

Linke patriotische öffentliche Organisationen von Belarus, die den Koordinierungsrat "Einheit" bildeten:

Patriotische öffentliche Vereinigung „Vaterland“

Öffentliche Vereinigung „Für Demokratie, sozialen Fortschritt und Gerechtigkeit“

Republikanische öffentliche Vereinigung „Für die Union und die Kommunistische Partei der Union“

Minsk, 15.08.2020



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/miting_v_podderzhku_lukashenko_minsk_8.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: **Russland und Syrien vereinbaren Ausbau von Basis Hmeimim**

Russland und Syrien haben die Übergabe zusätzlichen Territoriums und zusätzlicher Wasserfläche für die Erweiterung des Luftstützpunktes Hmeimim vereinbart. Das Protokoll zum Abkommen über die Stationierung russischer Militärs wurde auf dem offiziellen Portal für Rechtsinformationen veröffentlicht.

Laut dem Dokument vereinbarten die Seiten die Stationierung eines medizinischen Rehabilitationszentrums der russischen Fliegergruppe in der Provinz Latakia sowie nahe ihrer Wasserfläche.

Damaskus plant demnach, ein acht Hektar großes Grundstück zu übergeben.

Das Protokoll wurde am 30. Juli von der russischen und am 21. Juli von der syrischen Seite unterzeichnet.

Zuvor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin beauftragt, Verhandlungen mit Damaskus über die Erweiterung der Territorien von den Stützpunkten in Syrien zu führen.

Russland hat auf Bitte aus Damaskus seit 2015 die syrische Armee im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS; auch Daesh), al-Nusra und andere Terrormilizen militärisch unterstützt. Zu diesem Zweck hat die russische Armee einen Luftwaffenstützpunkt in Hmeimim und eine Marine-Basis in Tartus an der Mittelmeerküste eingerichtet.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32557/29/325572997_0:360:3073:2022_1000x54180_0_0_b37cc8b8a0b0e2330481316632688f5d.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 19. August wurde ein Feuerangriff von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt: Um 15:30 Uhr wurde **Logwinowo** aus Richtung Luganskoje mit Schusswaffen beschossen. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

deu.belta.by: **Golowtschenko und Mischustin vereinbaren Zusammenarbeit nach Öffnung der Grenze**

Der belarussische Premier Roman Golowtschenko hat in einem Telefonat mit dem russischen Regierungsleiter Michail Mischustin die weitere Arbeit zur Abschaffung von Einschränkungen an der belarussisch-russischen Grenze besprochen. Das gab der Pressedienst der Regierung bekannt.

„Roman Golowtschenko informierte seinen russischen Amtskollegen über die Lage in Belarus und ergriffene Maßnahmen zur Stabilisierung der Situation. Er betonte, dass alle Wirtschaftsbranchen und die Industrie normal funktionieren“, hieß es vom Pressedienst. Die Premiers von Belarus und Russland bestätigten die Bereitschaft zur Stärkung von Beziehungen in Handel und Wirtschaft. „Die Seiten besprachen aktuelle Kooperationsfragen und fassten notwendige Beschlüsse. Sie vereinbarten die Zusammenarbeit der entsprechenden Behörden zur Abschaffung von Einschränkungen an der belarussisch-russischen Grenze“, teilte die belarussische Regierung mit.

Zum Abschluss des Gesprächs unterstrichen die Seiten den Wunsch, alle Fragen im Rahmen des Unionsstaates schnell zu lösen. Die Behörden erhielten entsprechende Aufträge.

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 19. August 3:00 Uhr bis 20. August 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen von Seiten der BFU 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen.

Richtung Gorlowka: Granatwerfer – 1 mal (1 Granate).

Außerdem wurden folgende Fälle von Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt: Um 15:10 Uhr wurde der Start einer Drohne der BFU im Gebiet von Wodjanoje festgestellt. Um 15:40 Uhr wurde der Start einer Drohne der BFU im Gebiet von Schirokino festgestellt, ohne Überschreitung der Kontaktlinie.

Um 17:40 Uhr wurde im Gebiet von Leninskoje eine Detonation registriert, vermutlich eine Minensperre.

Um 22:10 Uhr wurde im Gebiet von Trawnewoje eine Detonation registriert, vermutlich eine Minensperre.

Um 10:50 Uhr wurde im Gebiet von Nowgorodskoje eine Detonation festgestellt, vermutlich eine Minensperre.

Um 11:41 Uhr wurde eine Drohne der BFU im Gebiet von Gnutowo beobachtet.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

Deutsch.rt.com: **Russland schickt humanitäre Hilfe nach Venezuela: 43.200 Tests für Kampf gegen COVID-19**

In Venezuela ist eine humanitäre Lieferung aus Russland eingetroffen. Dabei geht es um Corona-Tests, die dem Land im Kampf gegen COVID-19 helfen sollen. Bislang zählt das Land über 30.000 Infektionsfälle und fast 300 Tote im Zusammenhang mit der Krankheit. Russland hat 450 Testsysteme nach Venezuela geschickt, die dem südamerikanischen Land im Kampf gegen die gefährliche Krankheit COVID-19 helfen sollen. Insgesamt werden die örtlichen Gesundheitsbehörden mithilfe der humanitären Lieferung 43.200 Corona-Tests durchführen können.

Für die Hilfsaktion waren das Staatsunternehmen für Rüstungsexporte Rosoboronexport und die Non-Profit-Organisation Russische humanitäre Mission zuständig. Die offizielle Übergabe der Testsysteme fand am Dienstag im Ministerium der Volksmacht für Verteidigung in Caracas statt.

Alexei Seredin, Vertreter der russischen Botschaft in Caracas, sagte, dass Russland das venezolanische Volk auch weiterhin unterstützen werde. Alexander Velázquez Bastidas, Admiral und Vizeminister für Planung und Entwicklung im Bereich Verteidigung, bedankte sich für die humanitäre Hilfe und teilte mit, dass man die Testsysteme demnächst einsetzen werde.

Die ersten zwei Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus waren in Venezuela am 13. März nachgewiesen worden. Am selben Tag wurde im Land der sanitäre Notstand erklärt. Bislang wurden über 34.000 Corona-Fälle landesweit registriert. Die tatsächlichen Zahlen können höher liegen. Im Zusammenhang mit der Krankheit COVID-19 starben 288 Menschen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.08/article/5f3cefb8b480cc43dd20526f.jpg>

Lug-info.com: Am 20. August um 9:00 Uhr sind in der LVR 638 Fälle von Coronavirusinfektionen bestätigt.

Davon wurden insgesamt 603 Personen nach zweimaligen negativen Tests als gesund entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gab es 16 Todesfälle.

deu.belta.by: Orda: Jede Betriebseinstellung zieht wirtschaftliche Verluste nach sich

Jede beliebige Betriebseinstellung zieht wirtschaftliche Verluste nach sich. Diese Meinung sprach der Vorsitzende des belarussischen Gewerkschaftsbundes Michail Orda aus.

„Jede Betriebseinstellung zieht wirtschaftliche Verluste nach sich. Für uns als Vertreter der Arbeiterbelegschaften ist es besonders wichtig, dass Löhne ausgezahlt werden. Wenn der Betrieb nicht funktioniert, stellt er keine Erzeugnisse her und verdient kein Geld. Überdies können wir Märkte verlieren. Man muss sich bewusst sein, dass die meisten Menschen den Lohn brauchen, um ins Geschäft zu gehen, Kommunaldienstleistungen zu bezahlen. Auch wenn die Arbeiter ihre Position ausdrücken wollen, hindert sie die Arbeit daran nicht“, sagte Michail Orda.

Die Gewerkschaften setzen sich immer für einen Dialog ein. „Der einzige richtige Weg, beliebige Fragen zu lösen, sind die Verhandlungen. Wir führten den direkten Dialog mit den Betrieben. Sie arbeiten. Wir haben zu den Gesprächen sowohl Unternehmer als auch Wirtschaftswissenschaftler und Arbeiter mit verschiedenen Meinungen eingeladen. Es gibt auch den Nationalen Rat für Arbeits- und Sozialfragen. Die Geschäftsordnung des Rates bestimmt, dass alle Vereinbarungen der Seiten verbindlich sind. Einerseits stehen die Gewerkschaften, andererseits die Arbeiter. Die dritte Partei wird durch die Regierung vertreten. Wir haben allen Seiten der sozialen Partnerschaft vorgeschlagen, eine Sitzung des Nationalrates in nächster Zeit durchzuführen“, bemerkte der Vorsitzende des Belarussischen Gewerkschaftsbundes.

Was die Betriebe betrifft, bitten die Gewerkschaften Michail Orda zufolge darum, die Arbeiter nicht zu kündigen. „Ich verstehe aber auch die Unternehmen. Ich sprach mit einigen Betriebsleitern. Sie sagen, dass sie laut Gesetzgebung handeln werden, wenn die Betriebsarbeit gefährdet ist, Absatzmärkte verloren gehen, technologische Prozesse gestört werden. Das wirkt sich auf die Qualität der Endprodukte aus. Die Arbeitseinstellung zieht auch Steuerausfälle nach sich. Das betrifft dann Renten, Medizin, Bildung. Das sind die sozialen Aspekte, ohne die das Land nicht funktionieren kann“, fügte er hinzu.

Michail Orda hob hervor, dass die Gewerkschaften die sozial orientierte Politik des Staates unterstützen. „Wir verfolgen keine rein politischen Ziele. Dies entspricht unseren Aufgaben. Wenn wir von Arbeiterbelegschaften sprechen, so sind rechtzeitige Auszahlung von Löhnen, Arbeitsbedingungen, Beschäftigung, Weiterbildung am wichtigsten. Davon hängen heutzutage die Löhne ab. Alle diese Tätigkeitsrichtungen finden Niederschlag in der Satzung, unseren Zielen und Aufgaben“, erklärte er.

Der Vorsitzende des Belarussischen Gewerkschaftsbundes fügte hinzu, dass die Gewerkschaften den Kurs des Präsidenten billigen, der auf die Unterstützung von Belegschaften gerichtet ist. „Hunderte Betriebe wurden inzwischen neu ausgerüstet und modernisiert. Die Gewerkschaften unterstützen das“, schlussfolgerte er.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1597911093_52114_big.jpg

novorosinform.org: Der FSB verhinderte einen Versuch der SBU, einen Kommandeur der Donbass-Miliz aus Russland zu entführen

Bei einer Sonderoperation des FSB von Russland gelang es, sieben Personen festzunehmen, die versuchten, einen der Kommandeure der Donbass-Miliz zu entführen. Dies wird von TASS unter Bezugnahme auf die Pressestelle des FSB gemeldet, wobei darauf hingewiesen wird, dass die Angreifer unter der Führung der ukrainischen Sonderdienste gehandelt haben. „Bei einer Sonderoperation deckte der FSB der Russischen Föderation eine illegale Aktion der ukrainischen Sonderdienste auf und unterband den Versuch, einen Bürger der Russischen Föderation, einen der Kommandeur der Donbass-Volksmiliz, der sich aktiv an den Feindseligkeiten gegen die Streitkräfte der Ukraine beteiligte, auf dem Territorium Russlands zu entführen und gewaltsam in die Ukraine zu transferieren“, berichtete die Pressestelle. Unmittelbar während des Entführungsversuchs wurden russische Staatsbürger festgenommen: Makarow T.B., Mischchenko M.S., Kapkaewa O.D., Kormitsch A.M., Pysin M.Yu., Moros E.A. und Dolgow V.V. Die Aktion wurde von den Bürgern der Ukraine Andreij Baidala und Igor Mischchenko koordiniert“, heißt es in der Mitteilung.

rusvesna.su: Ist Weißrussland im Streik? Neueste Informationen zu Städten

Die Demonstrationen sowohl von Lukaschenkos Gegnern als auch von seinen Anhängern werden in Weißrussland fortgesetzt.

Aber was passiert in den Industrieunternehmen des Landes? Nach den ersten drei Tagen aggressiver Straßenopposition stützte sich die Opposition auf Arbeitskollektive als Kern von Lukaschenkos Wählerschaft, aber hat es funktioniert?

Nach den neuesten Informationen arbeiten in Borisow im Werk für elektrische Kfz-Ausrüstungen nicht alle Bereiche wie gewohnt.



<https://rusvesna.su/sites/default/files/borisov.jpg>

In Mogiljow arbeiten alle Betriebe ebenfalls normal.

„Vor zwei Tagen haben sie versucht, das Aufzugswerk zu blockieren, aber das hat nicht funktioniert“, schrieben Einwohner in sozialen Netzwerken.

Wir möchten Sie daran erinnern, dass Alexander Lukaschenko gestern gesagt hat, dass es für diejenigen, die ihre Arbeit aufgegeben haben, keinen Weg zurück geben wird. Er sagte, dass fast alle Industrieunternehmen „überschüssiges Personal“ hätten und es eine Schlange von denen gebe, die einen Job bekommen wollen.

Vielleicht haben diese Worte des Präsidenten einige Hitzköpfe gekühlt.

Das Elektrotechnische Werk Minsk „V.I. Koslow“ arbeitet auch ohne Unterbrechung. Es ist bekannt, dass die Löhne der Arbeiter angehoben und die Verträge für arbeitende Rentner und diejenigen, die in diesem Jahr in den Ruhestand gehen sollen, um ein Jahr verlängert wurden.



https://rusvesna.su/sites/default/files/zavod_imeni_v.i_kozlova.jpg

Aus dem Gebiet Witebsk gibt es folgende Informationen: „Alle Unternehmen arbeiten. Nicht mehr als 5% der Arbeiter reagieren auf Streikaufrufe. In einigen Bereichen gibt es Probleme. Einzelne Spezialisten kamen dort nicht zur Arbeit, aber die Produktion passt sich schnell der Situation an.“

Die Atlant-Werk arbeitet normal. Die Struktur der Unternehmens umfasst drei Bereiche: das Minsker Kühlschrankwerk, das Werk für Haushaltstechnik und den Werkzeugmaschinenbau, in denen Kühlschränke, Waschmaschinen, Wasserkocher, Gas- und Elektroherde hergestellt werden.

„Wie die Zeit zeigt, hängt im Allgemeinen viel vom Leiter des Unternehmens sowie vom

technischen und Personal ab“, schreibt der belarussische Telegram-Kanal BCh 3, dessen Autoren mit der Situation vor Ort vertraut sind.

Aus Soligorsk wird berichtet, dass Belaruskali eine Kapazität von 100% erreicht hat und alle Bereiche normal arbeiten.

In einigen Fabriken waren es die Vorarbeiter, nicht die Arbeiter, die sich aufregten.

Mzdnr.ru: Am 19. August wurden in der DVR 41 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Einer der neuen Fälle wurde bei einer aus der Ukraine eingereisten Person festgestellt und zwei bei Personen, die aus der RF eingetroffen sind. Die übrigen neuen Fälle wurden bei Kontaktpersonen zu bereits zuvor Erkrankten festgestellt, darunter 13 medizinische Beschäftigte. Derzeit sind alle Patienten in zufriedenstellendem Zustand, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

In den letzten 24 Stunden wurden 27 Personen nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es zwei Todesfälle – ein Mann im Alter von 71 Jahren und eine Frau im Alter von 61 Jahren.

Am 20. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2188 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

970 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1096 als gesund entlassen, es gibt 122 Todesfälle. Zum Stand am 20. August wurden Coronavirusinfektionen bei 111 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

de.sputniknews.com: Caracas sieht „gemeinsames Szenario in Angriffen“ auf Weißrussland und Venezuela

Weißrussland und Venezuela sind nach Ansicht des venezolanischen Außenministers, Jorge Arreaza, mit vergleichbaren Attacken konfrontiert. Dies äußerte der Minister bei der Auszeichnung des weißrussischen Botschafters Oleg Paferow mit einem Orden.

„Weißrussland und Venezuela sind ähnlichen Angriffen ausgesetzt, die ein und dasselbe Szenario wiederholen“, wird Arreaza in einer Pressemitteilung des venezolanischen Außenministeriums zitiert.

Demnach bekräftigte der Außenminister „die Unterstützung der venezolanischen Regierung und des Präsidenten in dieser schwierigen Zeit“. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/14/327750882_0:122:3072:1784_1000x080_0_1_34a9243853dffa95db25f4b4987ff883.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Iran-Streit: Moskau verurteilt US-Gangart als absurd**

Im Iran-Streit vor dem UN-Sicherheitsrat verurteilt Russland die von den USA angestrebte Wiedereinsetzung der Sanktionen gegen die Führung in Teheran als „absurd“. Laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow ist Washington nach seinem Ausstieg aus dem Atomabkommen nicht berechtigt, die darin vorgesehenen Mechanismen auszulösen.

„Mit ihrem Ausstieg aus dem Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA) büßten die Vereinigten Staaten alle Rechte aus diesem Dokument völlig ein“, äußerte Rjabkow am Donnerstag.

„Unserer Ansicht nach haben sie weder rechtlichen noch politischen Grund, die Bestimmungen (der Resolution) 2231 gegen den Iran anzuwenden. Das wäre absurd.“

Laut dem russischen Vizeaußenminister haben die USA die aktuelle „unannehmbare Situation“ zu verantworten. Die Absicht der Vereinigten Staaten, die UN-Sanktionen gegen den Iran wieder einzusetzen zu lassen, „stürzen den UN-Sicherheitsrat in eine schwere Krise“, warnte Rjabkow. „Wir verurteilen diese Handlungen der Vereinigten Staaten.“

Das Waffenembargo gegen den Iran läuft im Oktober aus. Nachdem ihr Vorschlag im UN-Sicherheitsrat zu einer Verlängerung des Embargos in der vergangenen Woche gescheitert ist, wollen die USA nun die Wiedereinsetzung der UN-Sanktionen aus der Zeit vor dem Atomabkommen durch den so genannten Snapback-Mechanismus erzwingen. Dieser ist in der Resolution 2231 aus dem Jahr 2015 vorgesehen und ermöglicht eine automatische Wiedereinsetzung aller internationalen Sanktionen aus den Zeiten vor dem Atomdeal, wenn der Iran diesen verletzen sollte.

Die USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien sowie Deutschland und der Iran hatten sich 2015 in Wien auf das Abkommen geeinigt, das Teheran eine friedliche Nutzung der Kernkraft gestattet, aber die Entwicklung von Kernwaffen verwehrt. Darin verpflichtete sich der Iran, sein Atomprogramm herunterzufahren, im Gegenzug sollten die Wirtschaftssanktionen der Uno, der USA und der EU aufgehoben werden. Darüber hinaus sollte das Waffenembargo binnen fünf Jahren wegfallen. Bis dahin sind Waffenlieferungen nur mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrats erlaubt. Im Mai 2018 stiegen die USA einseitig aus dem Deal aus und verhängten schärfere Sanktionen gegen Teheran.

Rjabkow hatte bereits im Frühjahr im Sputnik-Gespräch geäußert, dass die geltenden Beschränkungen für die Waffenlieferungen an den Iran nach fünf Jahren ihre Rechtskraft verlieren, wie dies im Atomabkommen von 2015 vorgesehen ist. US-Außenminister Mike Pompeo sagte jedoch, die Vereinigten Staaten würden alles daran setzen, eine Verlängerung des Waffenembargos zu erreichen und zu verhindern, dass der Iran Rüstungen von Russland oder China kauft.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/26198/16/261981646_0:102:3029:1740_1000x541

80_0_0_8b7dc4a6d59f12e86dde89ab5c7901c3.jpg

de.sputniknews.com: „**Royal Navy nutzt Ukraine im Schwarzen Meer als Tarnung**“ – **Analyst**

Wenn London ein Manöver im Schwarzen Meer gemeinsam mit Kiew ankündigt, muss man sich fragen, wie eine Übung mit einer derart desolaten Flotte wie der ukrainischen überhaupt möglich sein soll. Ein Militäranalyst erklärt im Sputnik-Gespräch, welche Aufgabe die ukrainische Marine im anstehenden Manöver übernehmen könnte.

Die Kriegsmarine des Vereinigten Königreichs wird gemeinsam mit den ukrainischen Seestreitkräften ein Manöver im Schwarzen Meer abhalten, erklärte der britische Verteidigungsminister Ben Wallace kürzlich in Kiew. In einer weiteren Erklärung auf der Website der britischen Regierung heißt es, Großbritannien beginne mit einer multinationalen Übung zur Stärkung der ukrainischen Marine, um „Bedrohungen aus dem Osten“ entgegenzuwirken. Im Herbst werde Großbritannien Schiffe zum gemeinsamen Manöver ins Schwarze Meer entsenden, präzisierte Minister Wallace bei seinem Ukraine-Besuch.

„Die Situation muss man sich einmal vorstellen: Die sogenannte ukrainische Kriegsflotte, bestehend hauptsächlich aus Schrott, fährt ein Manöver gemeinsam mit den Briten. Das heißt doch, dass die Ukrainer als Tarnung herhalten müssen. Denn Kampftaktiken lassen sich mit der ukrainischen Flotte in dem Zustand, wie sie ist, weder sinn- noch wirkungsvoll üben“, sagt der Militäranalyst Alexander Schilin, Oberst a.D., im Sputnik-Gespräch.

„Die Briten werden die Ukraine als Tarnung nutzen, um im Schwarzen Meer unter anderem Aufklärung zu betreiben und andere Aufträge zu erfüllen, die mit Sicherheit nicht an die Öffentlichkeit gelangen dürfen. Dieser Vorstoß der Briten ist Teil einer ganzen Reihe von Maßnahmen zur Stiftung von Spannungsherden entlang der russischen Grenzen. Dafür ist die Ukraine in den Augen ihrer Partner gerade noch gut genug“, so der Experte.

Die britische Regierung beteuert in der Erklärung auf ihrer Website, das angedachte Seemanöver sei „ein weiterer Schritt nach vorn auf dem Gebiet der Verteidigung Großbritanniens und der Ukraine.“ London habe bereits „tausenden ukrainischen Armeeangehörigen“ bei vielen Kompetenzen geholfen, „angefangen bei Erster Hilfe bis hin zu Operativer Planung“. „Das alles schützt ihre territoriale Integrität“.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/14/327754578_0:126:1000:667_1000x0_80_0_1_1aecf3e1057bb5218205c0b2dd2b0765.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 20.08.2020**
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **fünfmal die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung verletzt.**

Kämpfer des 503. Bataillons der 35. Marineinfanteriebrigade haben mit einem Handgranatwerfer in **Richtung der Siedlung des Gagarin-Bergwerks** geschossen und eine

Granate abgefeuert. **Der Schuss war nicht zielgerichtet** und bedrohte nicht das Leben unserer Soldaten und der Einwohner.

Die **Verletzungen des Verbots zum Einsatz jeglicher Art von Fluggeräten** durch Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade gehen weiter, diese haben zwei mal einen Quadrocopter vom Typ „Mavic PRO“ in den Gebieten von Gnutowo und Wodjanoje eingesetzt, mit deren Hilfe sie die Tarnung ihrer Positionen kontrollierten.

Außerdem haben wir im Verantwortungsbereich der 35. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Leninskoje und 2. Bataillons der 24. mechanisierten Brigade im Gebiet von Trawnewoje die **Durchführung von technischen Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen unter Einsatz von Sprengeinrichtungen** festgestellt.

Unsere Aufklärung bestätigt Fälle der **Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium durch Einheiten der BFU, was eine Verletzung der beschlossenen Maßnahmen ist und Leben und Gesundheit örtlicher Einwohner gefährdet. Diese Sachverhalte werden auch im Bericht der OSZE-Mission vom 19.08.2020 bestätigt.

In den letzten 24 Stunden wurde die Stationierung von drei Schützenpanzern aus dem Bestand der 79. Luftsturmbrigade in der Nähe von Newelskoje und in Slawnoje entdeckt, aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade drei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Pischtschewik, acht Schützenpanzer aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade in der Nähe von Bogdanowka und zwei Schützenpanzer aus dem Bestand der 35.

Marineinfanteriebrigade in Troizkoje.

Außerdem wurde die **Verlängerung von Schützengräben (etwa 90 Meter) in der Nähe von Krasnogorowka** im Verantwortungsbereich der 79. Luftsturmbrigade bemerkt.

Außerdem haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade unter Deckung des Waffenstillstands **50 Antipanzermijnen im südöstlichen Teil von Pischtschewik installiert**. Dabei geht der Einsatz von zwei mobilen Gruppen aus dem 305. Bataillon für elektronische und Kriegsführung und einem Bataillon für elektronische Kriegsführung der 36.

Marineinfanteriebrigade in den Verantwortungsbereichen der 53. mechanisierten und der 36. Marineinfanteriebrigade weiter, die die Aufgabe haben mit Stationen R-934B und „Bukowel-AD“ die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Bogdanowka, Tschermalyk und Pawlopol zu blockieren, um die Entdeckung der Technik zu verhindern.

Unsere Aufklärung hat **Informationen über die Vorbereitung von Provokationen an der Kontaktlinie** durch die ukrainische Seite erhalten, die auf ein Scheitern des geltenden Waffenstillstands gerichtet sind.

So hat die militärisch-politische Führung nach unseren Informationen angesichts des Fehlens von Ergebnissen und verlogenen und lautstarken Beschuldigungen durch Einheiten für informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte gegenüber unseren Verteidigern in Bezug auf die Verletzung des Waffenstillstands beschlossen, eine provokative Aktion gegen die Volksrepubliken durchzuführen, deren Ausführung den Spezialoperationskräften der ukrainischen Streitkräfte übertragen wurde.

Die informationspropagandistische Operation hat den Code „Angler“ erhalten und besteht in der Durchführung von provokativen Spezialmaßnahmen an der Kontaktlinie und in der „Grauen Zone“ sowie provokativem Beschuss des Territoriums der Volksrepubliken und der eigenen Positionen, um das Geschehen durch kontrollierte ukrainische Journalisten aufzeichnen zu lassen und anschließend Einheiten der Volksmiliz fälschlich dessen zu beschuldigen.

Die allgemeine Leitung der Aktionen obliegt dem Leiter des Stabs der Spezialoperationskräfte des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Generalmajor R.A. Galogan persönlich. Ausführender der Spezialmaßnahmen werden Kämpfer aus dem 3. Spezialregiment der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte sein. Zur Aufzeichnung von Videos

werden Filmteams des „5. Kanal“, „TRK Ukraina“ und „1+1“ herangezogen. Derzeit hat unsere Aufklärung die **Ankunft einer gemischten Abteilung des 3. Spezialregiments der Spezialoperationskräfte im Dorf Iwanowka** im Pokrowskij-Bezirk der Oblast Donezk festgestellt. 32 Kämpfer wurden im Gebäude der Schule in der Sozialistitscheskaja-Straße einquartiert.

Die Journalisten befinden sich noch in Kramatorsk.

Wir rufen die ukrainische Seite auf, von ihren niederträchtigen Absichten Abstand zu nehmen, die die gewünschten Ziele nicht erreichen werden, aber unausweichlich zur Destabilisierung der Lage und zur Eskalation des Konflikts sowie zu Blutvergießen auf beiden Seiten führen werden.

Außerdem möchte ich das kommandierende Personal der ukrainischen Streitkräfte daran erinnern, dass für das Scheitern im Verantwortungsbereich Ihrer Verbände und Truppenteilen nicht die Spezialkräfte, die es verursacht haben, bestraft werden, sondern Sie persönlich.

Ein Beispiel dafür ist die gescheiterte Operation im Verantwortungsbereich der 35. Marineinfanteriebrigade am 13. Juli 2020, wo der Brigadekommandeur Palas versuchte, eine Provokation gegen unsere Verteidiger durchzuführen und dabei eine Gruppe ausländischer Söldner einsetzte. Aber die Operation scheiterte und brachten den ukrainischen Streitkräften weitere Tote und Verletzte.

Außerdem zahlte der Brigadekommandeur Palas für den Misserfolg der Spezialgruppe, er wurde am 18. August schmähdlich auf eine niedrige Funktion versetzt und dazu ernannt, ein Regiment in der Oblast Kiew zu kommandieren, das niemals an Kampfhandlungen teilnahm oder teilnehmen wird, wo immer sie auch sein mögen.

Derzeit liegt das Brigadekommando bei Stabschef Oberst Ju.A. Andrijenko.

Dabei hat Andrijenko nach uns vorliegenden Informationen auch an den Maßnahmen zur Absetzung von Palas von seiner Funktion teilgenommen, indem er den eintreffenden Kommissionen den Brigadekommandeur belastende Angaben und Dokumente zur Verfügung stellte, um dann selbst auf der Karriereleiter aufzusteigen.

de.sputniknews.com: **Falls Russland und China US-Sanktionen gegen Iran ablehnen: Pompeo droht mit Antwort**

Sollten Moskau und Peking das von den USA gegen den Iran wiederhergestellte Sanktionsregime nicht akzeptieren, wird Washington laut US-Außenminister Mike Pompeo mit Sanktionen reagieren.

„Ganz richtig“, sagte Pompeo auf die Frage in einer Sendung des TV-Senders Fox News, ob die USA mit Sanktionen antworten würden, sollten Russland und China das Sanktionsregime gegen den Iran nicht einhalten.

„Wir haben dies bereits getan, nachdem uns klar geworden war, dass die Länder gegen die aktuellen US-Sanktionen verstoßen hatten. Wir haben jedes Land dafür verantwortlich gemacht, und wir werden dasselbe in Bezug auf umfassendere UN-Sanktionen tun“, sagte Pompeo.

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump angekündigt, dass Außenminister Mike Pompeo in seinem Namen die UN besuchen werde, um die Organisation über den Beginn des Verfahrens zur Wiederherstellung anti-iranischer Sanktionen im Rahmen der Resolution 2231 zu informieren. Die Vereinigten Staaten geben an, dass die Sanktionen 30 Tage nach der offiziellen Benachrichtigung der UN wirksam würden.

Am vergangenen Freitag war die US-Resolution zur Verlängerung des Waffenembargos gegen den Iran im UN-Sicherheitsrat gescheitert. Gemäß den Vereinbarungen im Rahmen des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans (JCPOA) ist das Genehmigungsverfahren für die Lieferung von militärischer Ausrüstung an den Iran vorübergehend und läuft am 18. Oktober aus. Jetzt versprechen die USA, in den kommenden Tagen das Verfahren zur

Wiederherstellung aller früheren UN-Sanktionen gegen den Iran einzuleiten, wie in der Resolution 2231, die die Schaffung der JCPOA regelte, vorgesehen sei.

In dem Atomabkommen von 2015 (JCPOA) hatte sich der Iran verpflichtet, sein Atomprogramm herunterzufahren. Im Gegenzug sollten die Wirtschaftssanktionen der Uno, der USA und der EU aufgehoben werden. Darüber hinaus sollte das Waffenembargo binnen fünf Jahren wegfallen. Bis dahin sind Waffenlieferungen nur mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrats erlaubt. Im Mai 2018 stiegen die USA einseitig aus dem Deal aus und verhängten schärfere Sanktionen gegen Teheran.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0d/327690329_0:0:3276:1773_1000x54180_0_0_2f1ec701b07708eb4eccfcb7db50dce1.jpg

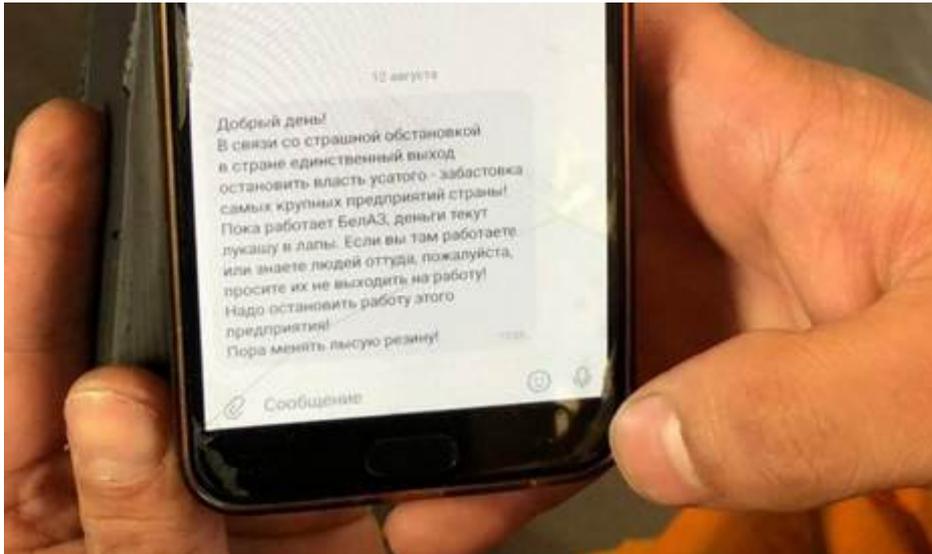
novorosinform.org: **BelAZ-Mitarbeiter in sozialen Netzwerken erhalten massiv Nachrichten, in denen sie aufgefordert werden, die Arbeit des Unternehmens zu stoppen**
BelAZ-Mitarbeiter erhielten Nachrichten im sozialen Netzwerk VKontakte mit dem Aufruf, die Arbeit des Werks einzustellen. Der Telegram-Kanal "Baschnja Shdanowa" berichtete darüber.

„Während BelAZ arbeitet, fließt Geld in die Pfoten des Lukash. Wenn Sie dort arbeiten oder Leute von dort kennen, bitten Sie sie, nicht zur Arbeit zu gehen! Wir müssen die Arbeit dieses Unternehmens einstellen!“, steht in dem Nachrichtentext.

Die Nachrichten werden von gefälschten Konten auch an Mitarbeiter gesendet, die ihren Arbeitsplatz in ihrem Profil nicht angegeben haben.

Das Management von BelAZ stellt fest, dass sich einige Tage nach Beginn der Proteste politische Parolen unter den Mitarbeitern wie aus dem Nichts verbreiteten. Gleichzeitig unterstützt die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten diese Ansichten nicht - nur etwa hundert von neuntausend Arbeitern nahmen am Streik teil.

Wir erinnern daran, dass Alexander Lukaschenko gestern den Präsidenten der Ukraine Selenskij und die westlichen Führer beschuldigt hat, „Unruhen in Weißrussland auszulösen“.



<https://novorosinform.org/wp-content/uploads/2020/08/87656-696x414.jpg>

deu.belta.by: **Kernbrennstoff in den ersten Block des BelAKW geladen**

In den ersten Block des Belarussischen Atomkraftwerkes wurde der Kernbrennstoff geladen. Die physische Inbetriebnahme wird in Gang gesetzt. Das sagte der Leiter der Verwaltung für Regelung der Atomsicherheit des Departements für Nuklear- und Strahlungssicherheit beim Katastrophenschutzministerium (Gosatomnadsor), Wigen Maruchjan, heute vor Journalisten, wie ein BelTA-Korrespondent bekanntgab.

„Derzeit sind 163 Brennelemente in den Reaktor geladen. Die zweite Phase der physischen Inbetriebnahme ist danach geplant, sobald das Belarussische AKW das Ankündigungsschreiben schickt, dass es zum Beginn dieser Phase, d.h. zur Wasserdruckprüfung, bereit ist“, sagte Wigen Maruchjan.

Der Vertreter von Gosatomnadsor erläuterte, die erste Phase der physischen Inbetriebnahme sei die Ladung des Kernbrennstoffs. Die zweite Phase sehe Kaltversuche vor, die dritte Phase – Brennversuche.

Wie berichtet, begann die Kernladung in den ersten Energieblock des Belarussischen AKW am 7. August. Insgesamt sollten 163 Brennelemente mit Kernbrennstoff in den Reaktor mit den folgenden notwendigen Versuchen geladen werden. Der Brennstoff wurde im Nowosibirsker Werk für chemische Konzentrate hergestellt.

Das Belarussische AKW ist ein Projekt zum Bau des Atomkraftwerkes vom Typ WWER-1200, das 18 km von Ostrowez (Gebiet Grodno) gemäß dem russischen Projekt AKW-2003 Generation 3+ umgesetzt wird. Der Generalauftragnehmer des Baus des BelAKW ist Rosatom. Die Energieblöcke der Generation 3+ haben verbesserte technisch-wirtschaftliche Kennziffern. Das energetische Anfahren des ersten Energieblocks mit der Aufnahme in das Stromsystem des Landes ist für das vierte Quartal 2020 geplant. Die Inbetriebnahme des zweiten Blocks ist für 2022 anberaumt.

Die Inbetriebnahme des Belarussischen AKW wird etwa ein Drittel des inländischen Strombedarfs decken, 4,5 Mrd. Kubikmeter Erdgas pro Jahr ersetzen und die Treibhausgasemissionen um mehr als 7 Mio. Tonnen jährlich reduzieren.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000021_1597922843_52123_big.jpg

belta.by: Konjuk: Es wurde ein Strafverfahren wegen der Einrichtung des Koordinierungsrates eingeleitet

Wegen der Einrichtung des Koordinierungsrates wurde ein Strafverfahren eröffnet, sagte Generalstaatsanwalt Alexander Konjuk gegenüber Reportern.

„Am 18. August kündigte eine Gruppe belarussischer Bürger die Schaffung eines Koordinierungsrates an, dessen Ziel unter anderem die Organisation der Machtübertragung ist. Es ist geplant, ein politisches Gremium zu schaffen, das den Prozess der Machtübertragung vom derzeitigen Staatsoberhaupt übernehmen soll. Die Schaffung solcher Gremien ist gesetzlich nicht vorgesehen, und die Tätigkeit ist verfassungswidrig“, sagte Alexander Konjuk.

Ihm zufolge erklärten einige Bürger, die die Unrechtmäßigkeit der Handlungen erkannten, ihren Austritt aus dem Rat an und stimmten den Zielen seiner Aktivitäten nicht zu. „Die Schaffung und Tätigkeit eines solchen Rates zielt darauf ab, die Staatsmacht zu ergreifen und die nationale Sicherheit von Belarus zu schädigen. Im Zusammenhang mit dem oben Gesagten wurde ein Strafverfahren nach Artikel 361 des Strafgesetzbuchs eingeleitet“, fügte der Generalstaatsanwalt hinzu.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1597923224_403511_big.jpg

Mil-Inr.info: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 20. August 2020

In den letzten 24 Stunden haben die BFU nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK viermal die Vereinbarungen zur Einhaltung des Regimes der

Feuereinstellung verletzt, dabei einmal das Feuer mit Schusswaffen auf Positionen der Verteidiger der Republik im Gebiet von **Logwinowo** eröffnet und dreimal technische Sprengsätze auf ihren Positionen im Gebiet von Luanskoje eingesetzt.

Alle Verstöße erfolgten mit persönlicher Erlaubnis des Kommandeurs der 24. Brigade Oberst Guds, ihr Ziel war die Herstellung beredter Bilder für Filmteams der ukrainischen Fernsehsender „ICTV“ und „1+1“.

Gemäß der redaktionellen Aufgabe sollten die Journalisten Reportagen über den Alltag ukrainischer Kämpfer auf den Frontpositionen drehen, dabei mussten Detonationen auf nahe liegenden Positionen erfolgen, außerdem sollte wenn möglich Feuer von den Positionen der Volksmiliz gefilmt werden. Während der Arbeit der Filmteams auf den Positionen des 1. Bataillons der 24. Brigade im Gebiet von Luganskoje erteilte der Bataillonskommandeur, der Kriegsverbrecher Major Kulikow, den Befehl zu provokativem Feuer mit Schusswaffen, um die Einheiten der Volksmiliz zu provozieren. Parallel dazu wurden auf den Positionen des benachbarten Bataillons drei technische Sprengsätze gezündet.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde durch die unprofessionellen Handlungen der ukrainischen Sprengtechniker während einer angeblich kontrollierbaren Detonation eines technischen Sprengsatzes trockenes Gras in Brand gesetzt und dann auch ein provisorisches Lager für Munition der 1. Kompanie des 1. Bataillons. Beim Versuch, den Brand eigenständig zu löschen erlitten zwei Soldaten in der Folge der Detonation von Munition Splitterverletzungen.

Auf Anweisung des Brigadekommandeurs des Kriegsverbrechers Guds haben Mitarbeiter des Dienstes zum Schutz von Staatsgeheimnissen der 24. Brigade bei allen Journalisten die Speicherelemente konfisziert und formatiert. Mit den Handlungen der ukrainischen Kämpfer unzufriedene Korrespondenten wollen sich mit einer Beschwerde an den Kommandeur der OOS wenden. Hauptbeschwerden der Propagandisten ist, dass alle Daten von den Datenträgern gelöscht wurden einschließlich zuvor gedrehter Materialien sowie persönliche Daten der Journalisten.

Um Beschuldigungen an die Volksmiliz der LVR zu verhindern, wurden die Informationen über die Detonationen im Rahmen des Koordinationsmechanismus über die Vertretung im GZKK an die ukrainische Seite übergeben. ...

deutsch.rt.com: **Vizekanzler Scholz spricht sich für Regime-Change in Weißrussland aus**
Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) hat am Mittwoch klar Stellung zu den Ereignissen in Weißrussland genommen. Seine Forderungen gehen weiter als das, was die EU-Staatschefs vereinbart haben, decken sich aber mit der Erklärung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Als Kanzlerkandidat der SPD will sich der gegenwärtige Vizekanzler und Finanzminister in Personalunion, Olaf Scholz, außenpolitisch profilieren. Im Gegensatz zu Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die sich mit zu harschen Forderungen gegenüber dem weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko bisher zurückhielt, fordert Scholz dessen Abdankung. „Der heutige Herrscher Lukaschenko hat alle Legitimation verloren und sollte abtreten“, sagte er Journalisten der Funke Mediengruppe am Donnerstag. Die Demokratiebewegung wolle „mit Russland und der Europäischen Union gute und freundschaftliche Beziehungen haben“, so der SPD-Politiker weiter. Das müsse die EU immer im Blick behalten.

„Wir müssen den Prozess der Selbstbefreiung der Bürgerinnen und Bürger von Belarus tatkräftig unterstützen. Es geht nicht darum, neue Einflussphären zu schaffen.“

Die Grünen beantragten eine Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages zu den Vorgängen in Minsk. „Die Debatte über den Umgang mit Belarus gehört auch in den Deutschen Bundestag, immerhin hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne und trägt somit eine besondere Verantwortung“, erklärte der Grünen-Osteuropaexperte Manuel Sarrazin in Berlin. Er bemängelte, dass die Position des EU-Gipfels nicht klar genug sei.

„Mit diesem Diktator Lukaschenko kann es keine weitere Öffnung geben.“ Engere Beziehungen zu Minsk dürfe es nur nach freien und fairen Neuwahlen geben, meinte Sarrazin. Was er im Bundestag einleiten möchte, geschah bereits am Dienstag im litauischen Parlament. Dort stimmten laut Außenminister Linas Linkevičius die Abgeordneten einstimmig dafür, dass der kleine baltische Staat die Wahlen und Lukaschenko als Präsidenten nicht anerkennt. Ähnlich wie schon zuvor in der Ukraine gehört Litauen zusammen mit Polen zu den lautesten Unterstützern der weißrussischen Opposition. Am Mittwoch folgten schließlich auch die EU-Staatschefs und erklärten, das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 9. August in Weißrussland nicht anerkennen zu wollen. Eine Aberkennung der Legitimität Lukaschenkos als Präsidenten erfolgte aber nicht. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte anschließend: „Für uns ist vollkommen klar: Weißrussland muss seinen Weg für sich alleine finden. Es muss über Dialog gehen innerhalb des Landes, und es darf keine Einmischung von außen geben.“ Dabei mischen sich bereits viele Länder in die inneren Angelegenheiten Weißrusslands ein. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bestätigte dies sogar in aller Öffentlichkeit, als sie über Twitter erklärte, dass die EU-Kommission sich auf die Seite der Opposition geschlagen hat und einen „friedlichen demokratischen Übergang“ unterstützen werde.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.08/article/5f3d6eb048fbef65736ee2c9.jpg>

novorosinform.org: **Der Oberste Gerichtshof der DVR schickt ukrainischen Spion für 11 Jahre in Haft**

Der Oberste Gerichtshof der DVR befand Juri Mitchenko wegen Spionage zugunsten der Ukraine für schuldig und verurteilte ihn zu 11 Jahren Gefängnis, berichtet das Ministerium für Staatssicherheit der DVR.

Am 14. August 2020 wurde Juri Wladimirowitsch Mitchenko durch die Berufungskammer des Obersten Gerichtshofs der DVR für schuldig befunden, Verbrechen gemäß Artikel 321 (Spionage), Teil 3 und Artikel 29 des Strafgesetzbuchs der DVR begangen zu haben, und er wurde zu einer Strafe von 11 Jahren Haft in einer Strafkolonie strengen Regimes verurteilt.“, wurde berichtet.

Das Ministerium für Staatssicherheit der DVR erklärte, dass die operativen Untersuchungs- und Ermittlungsmaßnahmen gegen den Komplizen der ukrainischen Sonderdienste von ihren Mitarbeitern durchgeführt wurden.

de.sputniknews.com: **Vor Hintergrund der US-Sanktionspläne: Iran steigert Urananreicherungs-kapazitäten**

Vor dem Hintergrund der Pläne Washingtons zur Wiederherstellung der Sanktionen gegen Teheran hat die Iranische Atomenergieorganisation (AEOI) große Fortschritte im Bereich der Urananreicherung gemeldet.

„Unabhängig davon, ob der Streitschlichtungsmechanismus (mit dessen Hilfe die Sanktionen gegen den Iran wiederverhängt werden könnten – Anm. d. Red.) eingesetzt wird oder der aktuelle Trend anhält, hat die Iranische Atomenergieorganisation große Schritte bei der Gewährleistung (des Wertes) von 190.000 SWU (Trennarbeitseinheiten) erzielt“, schrieb die AEOI via Twitter.

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump bekannt gegeben, dass der US-Außenminister in seinem Auftrag die Vereinten Nationen über den Beginn des Verfahrens zur Wiedereinführung der Sanktionen gegen den Iran im Rahmen der Resolution 2231 informieren würde.

Die Sanktionen würden 30 Tage nach der offiziellen Ankündigung der Uno in Kraft treten, hieß es aus Washington. Laut dem Außenministerium sollten die Sanktionen gegen den Iran ein Verbot der Urananreicherung beinhalten.

Nach Irans Ausstieg aus dem Atom-Deal im Jahr 2018 hatte der Oberste Führer Ali Chamenei die Iranische Atomenergieorganisation (AEOI) damit beauftragt, umgehend mit der Vorbereitung der Steigerung der Urananreicherung auf 190.000 Trennarbeitseinheiten zu beginnen. Die Trennarbeitseinheit (Separative work unit, SWU) ist einer der Werte, mit denen die Kapazität von Urananreicherungscentrifugen gemessen wird.

Teheran betonte, dass die Erhöhung der Urananreicherungs-kapazität nicht gegen das Atomabkommen verstoße und die nuklearen Aktivitäten des Landes friedlicher Natur seien. ...

de.sputniknews.com: **Weißrusslands Außenminister: Das Land benötigt Wandlungen, aber...**

Weißrussland benötigt laut seinem Außenminister Wladimir Makej Veränderungen, aber nicht auf Kosten einer bürgerlichen Konfrontation oder von Revolutionen.

„Wandlungen sind notwendig, das bestreitet niemand. Aber nicht auf Kosten einer bürgerlichen Konfrontation oder von Revolutionen. In diesem Fall würden Opfer und negative Folgen um ein Vielfaches größer sein. Wir sind bereits in unserer Entwicklung wegen der Ereignisse der vergangenen Tage um mehrere Jahre zurückgeworfen“, heißt es in einer Erklärung, die am Donnerstag auf der Webseite der Republik veröffentlicht wurde. Wie Makej weiter betonte, erlebt Weißrussland derzeit die schwierigste Phase in seiner neuesten Geschichte.

„Bedauerlicherweise ist es dazu gekommen, dass unser Land zurzeit wohl die schwierigste Phase in seiner neuesten Geschichte erlebt. Es handelt sich tatsächlich um die Beibehaltung der Staatlichkeit“, sagte Makej.

Ihm zufolge bleiben die außenpolitischen Interessen Weißrusslands allerdings unverändert.

„In diesem für unser Land schicksalsschweren Moment ist es wichtig wie nie zuvor, die außenpolitischen Interessen Weißrusslands zu verteidigen. Sie waren, sind und werden unverändert bleiben“, so Makej.

Der Minister will nach eigenen Worten nicht sein Land „verlieren“ und rief Diplomaten dazu auf, die außenpolitischen Interessen der Republik zu verteidigen. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/14/327758493_0:0:3072:1662_1000x54180_0_0_23cb72f18afbbdd265e12a569574b519.jpg

de.sputniknews.com: **Selbstbestimmung der Weißrussen: EU und Russland sprechen sich gegen Einmischung aus**

Angesichts der politischen Krise in Weißrussland haben sowohl die EU als auch Russland die Selbstbestimmung der Belarussen betont. Außerdem soll der russische Präsident, Wladimir Putin, in einem Telefongespräch mit EU-Ratschef Charles Michel vor Einmischung und kontraproduktivem Druck auf Weißrussland gewarnt haben.

Die 27 EU-Staaten hätten bei ihrem Sondergipfel am Vortag ihre Solidarität mit dem Wunsch der weißrussischen Bürger zum Ausdruck gebracht, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden, schrieb EU-Ratschef Charles Michel am Donnerstag auf Twitter. Das habe er in einem Telefonat mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bekräftigt. Eine Lösung gebe es nur durch einen politischen, inklusiven Dialog und einen friedlichen, demokratischen Prozess. Der Kreml wiederum warnte das Ausland am Donnerstag vor einer Einmischung in einen solchen Dialog. In dem Telefonat mit EU-Ratspräsident Charles Michel habe Putin darauf verwiesen, dass internationaler Druck auf die Führung in Weißrussland und Einmischung von außen auf die derzeitigen Entwicklungen im Land kontraproduktiv seien, hieß es in einer Mitteilung des Kreml.

In der EU besteht die Sorge, dass Russland wie 2014 nach prowestlichen Protesten in der Ukraine auch in Belarus eingreifen könnte. Die Ausgangslage in Belarus ist allerdings eine deutlich andere und die Opposition hat immer wieder erklärt, dass sie keinen Bruch mit Moskau will. Moskau hatte Belarus in den vergangenen Tagen „erforderliche Hilfe bei der Lösung auftretender Probleme“ zugesichert.

Warnung aus Moskau

„Wenn das Ausland – einschließlich Russland – einen Dialog mit der Opposition aufnimmt, ist das schon eine Einmischung in innere Angelegenheiten“, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow russischen Medien zufolge. Moskau werde das „im Zusammenhang mit den Ereignissen rund um die Präsidentenwahl“ nicht tun.

„Zuallererst muss es einen Dialog in Belarus geben“, sagte Peskow. Kremlchef Wladimir Putin hatte bereits zwei Mal mit Lukaschenko telefoniert und ihm kurz nach der Wahl vor anderthalb Wochen zum Sieg gratuliert.

Auch der russische Außenminister Sergej Lawrow äußerte Zuversicht in Bezug auf die Beilegung der Massenproteste in Weißrussland. „Ich sehe keinen Mangel an Bereitschaft seitens der Behörden zu einem Dialog. Und ich hoffe sehr, dass dieselbe Bereitschaft von jenen an den Tag gelegt wird, die aus dem einen oder anderen Grund mit dem Wahlergebnis unzufrieden sind“, sagte Lawrow.

Sondergipfel der EU

Die EU-Staaten hatten am Mittwoch hingegen nach einem Videogipfel erklärt, das Ergebnis der Präsidentenwahl in Belarus nicht anzuerkennen. Zudem betonte Michel, dass es bei der politischen Krise in dem Land zwischen dem EU-Staat Polen und Russland nicht um Geopolitik gehe, sondern um das Recht der Menschen, ihre Führung frei zu wählen. EU-Kommissionsschefin Ursula von der Leyen sagte, die Demonstrationen richteten sich nicht gegen ein Nachbarland.

Die Europäische Union wird in Kürze außerdem Sanktionen gegen Weißrussland verhängen. Die Strafmaßnahmen betreffen laut EU-Ratspräsident Charles Michel die Verantwortlichen für die mutmaßliche Wahlfälschung und die Niederschlagung der Proteste im Land. Die Präsidentschaftswahlen in Weißrussland hatten am 9. August stattgefunden. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission gewann der amtierende Staatschef, Alexander Lukaschenko, mit rund 80 Prozent der Stimmen. Die Opposition, die das Wahlergebnis nicht anerkannt hat, behauptet, Lukaschenkos Herausforderin Swetlana Tichanowskaja habe die Wahl für sich entschieden. Die Opposition hat inzwischen einen Koordinierungsrat für die Machtübergabe gebildet.

abends:

rusvesna.su: Der „Koordinierungsrat“ der belarussischen Opposition fordert ein dringendes Treffen mit den Sicherheitskräften

Der „Koordinierungsrat“ der belarussischen Opposition in Belarus sandte eine Aufforderung an die Generalstaatsanwaltschaft, den KGB, den Untersuchungsausschuss und das Innenministerium der Republik, eine dringende Sitzung abzuhalten.

Wie in der weit verbreiteten Erklärung dargelegt, wollen die Oppositionellen mit den Sicherheitskräften „die Forderungen der Mehrheit der Bürger der Republik Belarus, die in der Resolution (des Rates) dargelegt sind“, erörtern.

In der Erklärung wird auch darauf hingewiesen, dass Informationen über die Aktivitäten des Koordinierungsrates und die am Vortag angenommene Resolution an die Medien und Arbeitskollektive gesendet wurden und die Teilnahme von Ratsmitgliedern an Protestaktionen in verschiedenen Städten des Landes organisiert sei.

Die Videobotschaft an die Sicherheitsbeamten wurde von Maria Kolesnikova, Mitglied des Präsidiums des Koordinierungsrates, Koordinatorin des Hauptquartiers des nicht registrierten Präsidentschaftskandidaten Viktor Babariko, gelesen.

Wir erinnern daran, dass, wie Russkaja Vesna schon berichtete, der Generalstaatsanwalt von Belarus, Alexander Konjuk, sagte, dass die Aktivitäten des Koordinierungsrates der Opposition, die Staatsmacht zu ergreifen, verfassungswidrig seien und unter Artikel 361 des belarussischen Strafgesetzbuchs fallen ”.

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/SiG4Q6ZiSOA" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

(Das Video kann mit automatisch übersetzten Untertiteln gezeigt werden.)

<https://youtu.be/SiG4Q6ZiSOA>

de.sputniknews.com: Moskau: US-Mittelstreckenraketenpläne unterhöheln globale Stabilität

Das Bestreben der Vereinigten Staaten, Mittel- und Kurzstreckenraketen in der Asiatischen Region zu stationieren, ist aus Sicht von Moskau gegen China gerichtet. Diese Pläne könnten die Lage in der Region und in der ganzen Welt destabilisieren, sagte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Donnerstag in Moskau.

Zuvor hatte der US-Sondergesandte für Rüstungskontrolle, Marshall Billingslea, dem japanischen Wirtschaftsblatt „Nikkei“ gesagt, Washington wolle mit seinen Verbündeten in

Asien über ihren verstärkten Schutz verhandeln – angesichts der wachsenden Bedrohung seitens Chinas.

Dabei wurde die Stationierung bodengestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen ins Gespräch gebracht.

Gegenschritte Russlands sind unausweichlich

„Wir stufen dies als eine Destabilisierung der regionalen und der internationalen Sicherheit ein. Ohne Zweifel wird die Präsenz neuer US-amerikanischer Raketen in der Region eine gefährliche Spirale des Wettrüstens zur Folge haben. Wir müssen auch berücksichtigen, dass solche Waffen auch unser Territorium, darunter strategisch wichtige Objekte, bedrohen könnten. Das wird unweigerlich adäquate Antwortschritte erforderlich machen“, betonte Sacharowa.

USA stiegen aus wichtigem INF-Vertrag aus

Die USA waren im vergangenen Jahr aus dem INF-Vertrag zum Verbot bodengestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen ausgestiegen, nachdem sie Moskau beschuldigt hatten gegen diesen Vertrag zu verstoßen. Moskau wies jegliche Anschuldigungen zurück und erklärte sich bereit, die umstrittene Rakete vorzuführen und das Thema im Detail zu erörtern. Die USA lehnten dies ab und kündigten den INF-Vertrag einseitig auf.